

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 58 (1966)
Heft: 1

Artikel: Die Rolle der amerikanischen Gewerkschaften
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354210>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 1 - JANUAR 1966 - 58. JAHRGANG

Die Rolle der amerikanischen Gewerkschaften

Von *Alfred Joachim Fischer*

Wer die Rolle der amerikanischen Gewerkschaften analysieren will, muß zunächst einmal feststellen, daß es in den Vereinigten Staaten keine Arbeiterpartei oder Sozialdemokratische Partei gab und gibt. Wohl nicht zuletzt deswegen fehlte die politische und parlamentarische Plattform für einen Klassenkampf. (Oder liegen Ursache und Wirkung vielleicht umgekehrt: Gibt es keine Arbeiterpartei, weil die Voraussetzungen für einen Klassenkampf fehlen, wie er in Europa verstanden wird?) Die immer sehr gemäßigten Gewerkschaften, denen es weit schwerer als in Europa gemacht wurde, sich durchzusetzen, vertraten jedenfalls *allein* die Interessen der Arbeiterschaft. Verfolgt man ihre taktische Linie in Vergangenheit und Gegenwart, so war sie jederzeit auf eine «Brot- und Butterpolitik» abgestimmt. Man wollte ein Maximum an *materiellen* Vorteilen herausholen, ohne solche Forderungen marxistisch oder sonstwie ideologisch zu untermauern. Ja, das Wort «Ideologie» erscheint der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung immer noch etwas anrühig. Statt dessen bevorzugt sie Begriffe wie «Philosophie» und «ethische Grundsätze»: *Samuel Gompers*, der langjährige Gewerkschaftsführer, wurde einmal in einem Untersuchungsausschuß des Senats, vor dem die Gewerkschaften des extremen Radikalismus angeklagt waren, von ihrem Verteidiger *Morris Hillquit* gefragt, was die Gewerkschaften eigentlich wollten. Er erteilte die klassische nach wie vor gültige Einwort-Antwort: «More» (= mehr). «Mehr» heißt «ein besseres Leben»¹.

¹ Zu diesem Vorfall hat *Rudy Faupl*, der internationale Vertreter der Maschinenbauer-Gewerkschafter der Vereinigten Staaten und Kanadas, am 37. Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, am 12. Oktober 1963 im Casino in Bern, weiter ausgeführt:

Dieser Vorfall wird immer wieder benützt, um darzustellen, daß Gompers ein Materialist und ein geschäftstüchtiger Gewerkschafter war. Was aber nicht

Grundfalsch wäre es aber, anzunehmen, daß die bis zur Mitte der dreißiger Jahre durch feindliche Gesetze und Prozesse in ihrer Aktionsfähigkeit stark eingeschränkten Gewerkschaften heutzutage über keine politische Macht verfügten. Ihre 17 Millionen Mitglieder – zählt man die eine Million den internationalen Verbänden angeschlossenen Kanadier hinzu, dann sind es sogar 18 Millionen – können weder vom Präsidenten noch von potentiellen Präsidentschaftskandidaten oder gar von den beiden großen Parteien ignoriert werden. Daß sich die führende gewerkschaftliche Dachorganisation American Federation of Labour–Congress of Industrial Organizations, AFL–CIO) weder auf die eine noch die andere Partei festlegt, macht sie gewissermaßen zum Zünglein an der Waage. Sorgfältig wird von ihr bei Neuwahlen jeder Kandidat daraufhin überprüft, ob er den Wünschen der Gewerkschaften zugänglich sein dürfte. Da diese Voraussetzung den Ausschlag gibt, kann es durchaus sein, daß die große gewerkschaftliche Dachorganisation im gleichen Wahlkreis einen Demokraten zum Gouverneur, einen Republikaner zum Senator und wieder einen Demokraten zum Abgeordneten des Repräsentantenhauses empfiehlt. Wer gewählt oder wieder gewählt werden will, wird sich, vor allem in Industriegebieten, wohl davor hüten, als Feind der AFL–CIO aufzutreten.

Um Verordnungen dieser Art zu verhindern oder ihre Revision durchzusetzen, unterhält die AFL–CIO sehr wirkungsvolle Lobbies auf Bundes- und Länder- oder, wie es hier heißt, Staatenebene. Kürzlich haben die «New York Times» festgestellt, daß diese sogenannte Volkslobby fünfzig- oder sechzigmal jährlich Komitees des Kongresses aufsucht, um die Wünsche der Arbeiter anzumelden, sobald es sich um Gesetze von gewerkschaftlichem Interesse handelt.

Mehrmals täglich, so fügt das wohlinformierte amerikanische Blatt hinzu, sprechen Mitglieder der Lobby bei Abgeordneten der beiden Häuser in Washington vor. Fast immer wird dann über den Wert oder Unwert noch schwebender Gesetze diskutiert. Blättert man schließlich die Empfehlungen der AFL–CIO an die Parteikongresse der Republikaner und Demokraten durch, so handelt

erwähnt wird, ist seine Philosophie. Er wurde einmal gefragt: «Mr. Gompers, was meinen Sie mit ‚mehr‘, *wovon* wollen Sie mehr?» Ich möchte hier seine Antwort zitieren. Er sagte:

«Wir wollen mehr Schulen und weniger Gefängnisse, mehr Bücher und weniger Zeughäuser, mehr Wissen und weniger Laster, beständigere Arbeit und weniger Verbrechen, mehr Freizeit und weniger Sorgen, mehr Gerechtigkeit und weniger Rache. Was wir eigentlich wollen, ist die Möglichkeit, unser besseres Ich zu entfalten, damit unsere Männer großmütiger, unsere Frauen schöner, unsere Kinder glücklicher und fröhlicher werden.»

Dies, liebe Freunde, war Samuel Gompers Philosophie, und es ist auch die Philosophie der amerikanischen Gewerkschaften.

es sich um etwas Ähnliches wie Grundsatzprogramme in allen Fragen der Innen-, Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz- und sogar Außenpolitik. Inhalt und Ton nach sind sie selbstbewußt und durchaus fordernd abgefaßt. Sehr oft ist die Bedeutung der Gewerkschaften von höchster Seite hervorgehoben worden. Präsident *Eisenhower* erkannte «die Entscheidungen herbeiführende Rolle der AFL-CIO in unserer Gesellschaft» lobend an. Mehrmals ernannte er führende Gewerkschafter zu Mitgliedern der US-Delegation bei den Vereinten Nationen. *Kennedy* wiederum ehrte den Präsidenten dieser Dachorganisation, *George Meany*, in dem er ihn in das «Komitee zur Stärkung der Sicherheit der freien Welt» berief und mit der Nationalen Freiheitsmedaille auszeichnete. *Lyndon Baines Johnson* rundete das Bild ab. Nach *Adlai Stevensons* Tod ernannte er den früheren Anwalt der Gewerkschaften *Arthur J. Goldberg* zum Chef der amerikanischen UN-Delegation.

Bevor wir uns weiter mit den Zielen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung beschäftigen wollen, ist es sicherlich notwendig, erst einmal die Quelle ihres Einflusses aufzuzeigen. Man hat da nämlich ganz andere Organisationsformen als in Europa. Will eine Gewerkschaft – oder mehrere – einen bestimmten Betrieb erobern, so setzt erst einmal ein meistens sehr wirkungsvoller Werbefeldzug ein. Man wartet ab, bis 25 bzw. 33 Prozent der Beschäftigten gewonnen sind. Dann erst erfolgt beim Nationalen Rat für Arbeitsbeziehungen, dem National Labour Relations Board, der Antrag auf die Durchführung von Wahlen. Meistenteils ist das Resultat der Auftrag an die Gewerkschaft, nunmehr die Belegschaft dem Arbeitgeber oder seinen Repräsentanten gegenüber zu vertreten. Und das bedeutet nicht nur ein Recht, sondern eine gesetzliche Verpflichtung. Bei immer besser und leidenschaftsloser gewordenem Verhandlungsklima zwischen beiden Sozialpartnern werden neuerdings neben Löhnen auch mehr und mehr günstigere Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Vorteile aller Art ausgehandelt. All das sichert den Gewerkschaften eine starke innerbetriebliche Position, ganz besonders in den großen Industrien, wie beispielsweise der Stahl- und Automobilproduktion.

Heiß umstritten sind nach wie vor zwei Gesetze: das Taft-Hartley-Gesetz, genauer gesagt der Absatz 14b, und das «Righth-to-work»-(Recht auf Arbeit)-Gesetz. Dieser Paragraph 14b ermächtigt die Bundesstaaten dazu, das «Recht-auf-Arbeit»-Gesetz zu erlassen und damit die «closed shops» zu verbieten. «Closed shops», das heißt geschlossene Betriebe mit Zwangsgewerkschaften, sind aber eine der wichtigsten Bastionen gewerkschaftlicher Macht. Wo sie fortbestehen dürfen, wird in den Tarifverträgen einfach festgelegt, daß jeder Arbeitnehmer der Betriebsgewerkschaft angehören muß oder nach einer gewissen Frist aus dem Betrieb auszuschneiden hat. Neunzehn Bundesstaaten haben sich, oft nach heißen Werbekampagnen und

Abstimmungskämpfen, zum Erlaß des «Recht-auf-Arbeit»-Gesetzes entschlossen und somit die «closed shops» unterbunden. Von gewerkschaftlicher Seite wird ein großer Teil der reichen Mittel gegen «antigewerkschaftliche Bestrebungen» für die Abschaffung des Paragraphen 14b verwendet. Prominenteste Amerikaner, darunter sogar Präsident *Johnson*, unterstützen diese Forderung. Kämen die Gewerkschaften damit durch, dann würde ihre Mitgliederzahl natürlich rapid ansteigen und sich nicht mehr auf nur gerade 30 Prozent der Arbeiterschaft beschränken wie heute.

Vielfach – ich selbst beobachtete das in Anchorage, das nach dem Erdbeben durch regste Bautätigkeit große Menschenmasse anzieht – gehört auch die Arbeitsvermittlung zu den gewerkschaftlichen Aufgaben und stärkt weiter das Rückgrat der lokalen Verbände. Sie erfolgt rotierend nach Namenslisten. Demnach kommt zuerst heran, wer am längsten keine Beschäftigung mehr hat. Bei 5- bis 6prozentiger Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist dieses Problem ein brennendes. Die Gewerkschaften versuchen durch Forschung, Gutachten, fachliche Umschulung und Erreichung einer höheren Durchschnittsbildung die zweite Industrierevolution, die Automatisierung heißt, ohne große soziale Schäden aufzufangen. Natürlich vermindert die Automation die Chancen für körperliche Tätigkeit und vergrößert die des gebildeten Angestellten, des sogenannten *Whitecollar-workers*. Vernünftige Ferien- und Freizeitgestaltung gehören gleichfalls zu den ernstgenommenen Sorgen der amerikanischen Gewerkschaften der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Als sich 1955 nach zwanzigjähriger Spaltung und einem ständigen, einheitliche Aktionen verhindernden Kleinkrieg die American Federation of Labour und der Congress of Industrial Organisations zur AFL-CIO zusammenschlossen, war das ein sehr beachtenswertes Ereignis. Nur noch fünf Millionen Arbeiter gehören jetzt unabhängig gebliebenen Gewerkschaften an. Ein deutscher Beobachter der amerikanischen Gewerkschaftssituation hat die Vereinigung von AFL und CIO mit dem Versuch verglichen, eine Fichte und eine Linde in den Kronen zusammenzubinden und dann begeistert auszurufen: «Siehe, dies ist *ein* Baum.» Tatsächlich sind die Ursachen der einstigen Spaltung nicht fortgeräumt. Die Einzelgewerkschaften der alten CIO huldigten überwiegend dem Industrieprinzip und umfaßten vor allem angelernte und ungelernete Arbeiter. Hingegen war die AFL nach dem Berufsprinzip organisiert. Hinter ihr standen die traditionsbewußten Facharbeiter. Auf die viel jüngere, erst 1935 begründete CIO blickten sie mit einer gewissen Verachtung herab. Diese Grundeinstellungen haben sich kaum verändert. Es gibt ununterbrochene Abgrenzungskonflikte zwischen Einzelgewerkschaften mit dem Schlichtungsrecht der Dachorganisation. Trotz allen Gegensätzen hält sich der Gewerkschaftsbund von 1955. Schließlich bringt

er eben doch mehr Vor- als Nachteile, und man will nicht wieder auf das gemeinsame Auftreten gegenüber der Regierung, dem Parlament und im internationalen Bereich verzichten.

Haben die Einzelgewerkschaften auch eine weitgehende Autonomie, so müssen sie sich doch den ethischen Prinzipien – Ausschaltung von Korruption, Faschismus und Kommunismus – unterordnen. Hierin kennt man keine Kompromisse. 1957 wurden wegen Vergehens gegen diese Grundsätze drei Einzelgewerkschaften mit insgesamt 1 300 000 Mitgliedern aus dem Dachverband ausgeschlossen.

Ist die AFL-CIO bis zu Warnungen vor allzu engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostblockstaaten also radikal antikommunistisch, so toleriert sie notgedrungen die europäische Sozialdemokratie. Ihre Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU) könnte besser sein.

Bei Arbeitskämpfen schreibt das Taft-Hartley-Gesetz eine Abkühlungsfrist von bis zu 80 Tagen vor, die Schlichtungsverfahren und sonstigen Einigungsverhandlungen dienen sollen. An solchen Schlichtungsverfahren nehmen die beiden Sozialpartner und Regierungsvertreter teil. Streiks richten in den Vereinigten Staaten einen verhältnismäßig geringen Schaden an. So stellte der amerikanische Arbeitsminister fest, daß allein 1962 durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit mehr Arbeitsstunden verlorengegangen sind als durch Streiks während der letzten 35 Jahre.

Gewerkschaftsführer werden meist glänzend bezahlt. Jahresbezüge von 25 000 bis 50 000 Dollar zuzüglich Spesen sind eher die Regel als die Ausnahme. Vom Typ her könnten diese meist pragmatisch handelnden Funktionäre ebensogut Direktoren eines Industrie- oder Bankunternehmens sein. Man vertritt aber den Standpunkt, daß nur wer dem Arbeitgeber wirtschaftlich etwa gleichgestellt ist, auch unabhängig und souverän verhandeln kann.

Im großen und ganzen bejahen die Gewerkschaften das amerikanische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Zu den oft verwendeten Schlagworten gehört «Wir sind erst Amerikaner und dann Gewerkschafter» oder «Was für Amerika gut ist, ist auch für die AFL-CIO gut». Dennoch stimmen sie durchaus nicht mit allen Thesen der Regierung überein. Strikt wird beispielsweise nach wie vor abgelehnt, Lohnforderungen nur im Rahmen der wirtschaftlichen Zuwachsrates zu stellen. Solange die Preiskurve nach oben geht und die Industriemagnaten astronomisch bezahlt werden, halten die Gewerkschaften eine einseitige Mäßigung für unzumutbar. Außerdem haben sie ein gutes Argument für sich. 95 Prozent aller Güter und Dienstleistungen der USA werden im eigenen Lande verbraucht bzw. in Anspruch genommen.

Hält die Kaufkraft nicht Schritt, was bei geringen Löhnen der Fall wäre, so müßte logischerweise das Warenangebot kleiner, statt

wie bisher ständig größer und breiter werden. Uebrigens vertritt die AFL-CIO bei jeder Gelegenheit kämpferisch die Interessen der Konsumenten. Wo es die Konjunktur erlaubt, bestehen die amerikanischen Gewerkschaften auf Rekordlöhnen. In Alaska verdient ein Arbeiter durchschnittlich 5.50 Dollar pro Stunde oder 22 Mark, was die Investitionsfreudigkeit kapitalkräftiger Kreise lähmen soll.

Ohne den gleichen Enthusiasmus wie einst in Europa treten die amerikanischen Gewerkschaften für größere soziale Sicherheit ein, wie Kündigungsschutz, Arbeitslosenunterstützung, Alterspension, Gesundheitsfürsorge usw. Sie wollen den Menschen im Industriestaat vor Wechselfällen des Lebens, die er aus eigener Kraft nicht mehr meistern kann, geschützt wissen. Ob das schließlich zum Versorgungsstaat führen wird, läßt sich schwer voraussagen. Vorläufig steht die soziale Sicherheit des USA-Bürgers trotz gewissen gewerkschaftlichen Extraversicherungen noch weit hinter der des Briten, Deutschen, Oesterreichers, Schweizers oder Skandinaviens zurück.

Nach außen hin setzen sich die US-Gewerkschafter uneingeschränkt für Johnsons «Große Gesellschaft», das Friedenskorps und vor allem die Gleichberechtigung der Rassen und Religionen, die Bürgerrechte, ein. Lange Zeit waren sie nicht ganz so konsequent. In einigen Südstaaten gab es nach dem Motto «Gleichheit, aber Separierung» getrennte Gewerkschaften für Weiße und Farbige. Auch hört man immer noch gelegentliche Vorwürfe. Einzelne lokale Gewerkschaften sollen nicht das richtige Verständnis für die besonders schwierige gesellschaftliche Situation der Neger aufbringen, die in der Arbeitslosenstatistik bei weitem die höchste Quote einnehmen.

Handelt es sich um nationale Kraftproben, wie Kuba, Vietnam und die Dominikanische Republik, dann kann die Regierung mit einer hundertprozentigen Unterstützung durch die Gewerkschaften rechnen. AFL-CIO leistet auch eine beachtenswerte Entwicklungshilfe, nicht zuletzt durch Einladung asiatischer, afrikanischer und südamerikanischer Gewerkschafter nach den Vereinigten Staaten, verbunden mit monatelangen Kursen.

Der Bundesrepublik und Westberlin gegenüber ist die Haltung ebenso fest wie positiv. So erklärte die AFL-CIO in einer beinahe dreiseitigen grundsätzlichen Erklärung über Deutschland am 19. Mai 1965 u. a.: «Schließlich ruft der Bundesvorstand unsere Regierung auf, mit aller Intensität die Freiheit Westberlins weiterhin zu verteidigen. Sein Recht, engste Bande mit der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und der freie Zugang zur Stadt müssen gewährleistet bleiben.»

Da aber nun einmal die Brot- und Butterpolitik das Hauptanliegen der amerikanischen Gewerkschaften ist, soll am Schluß unserer Betrachtung untersucht werden, was in dieser Hinsicht erreicht wurde.

1913 kostete ein Anzug 75 Arbeitsstunden, jetzt dem Durchschnittslohn nach zwanzig. Damals verschlangen die Miete, die Kleidung und Verpflegung der Familie, einschließlich Getränke und Tabak, praktisch den ganzen Lohn. Heute sind Auto, Fernsehapparat, Waschmaschine und Kühlschrank eine Selbstverständlichkeit. 62 Prozent der amerikanischen Arbeiter besitzen eigene Häuser. Seit 1939 ist trotz der großen Preissteigerung die Kaufkraft der Löhne um zwei Drittel gestiegen, zwischen 1947 und 1962 allein um 32 Prozent. Mit Recht können die amerikanischen Gewerkschaften darauf hinweisen, daß ohne ihre Stärke und ihre Verhandlungskunst ein solches Resultat auch nicht annähernd erreichbar gewesen wäre.

Alfred Joachim Fischer, London

John F. Kennedy – zwei Jahre später

Entrüstung und Schmerz über die Ermordung des jugendlichen Präsidenten sind geblieben; aber nach zwei Jahren ist die durch die Bluttat von Dallas ausgelöste unmittelbare Erschütterung hinter dem wachsenden Bemühen um die historische Abschätzung der Gestalt und ihrer Rolle zurückgetreten. Was erhielt sich von der kurzen Präsidentschaft John F. Kennedys; und wie sieht Amerika ihn heute?

Er läßt fast niemanden gleichgültig. Von den über ihn bereits geschriebenen *Büchern* verdienen wohl die seiner Mitarbeiter *Theodore C. Sorensen* und *Professor Arthur M. Schlesinger Jr.*¹ besondere Beachtung und werden auch am meisten erörtert, obgleich von Schlesingers Werk erst die in der Zeitschrift «Life» veröffentlichten Auszüge vorliegen. Sorensen sagt in seinem sachlich auf Wesentliches gerichteten, eher etwas verhaltenen und um so überzeugenderen Buche: Kennedys *Leben*, nicht sein Tod, schuf seine Größe. Hier liegt der Kern einer gerechten Betrachtung: John F. Kennedy war ein großer Mann und wurde es nicht erst durch die verhängnisvollen Schüsse des 22. November 1963.

Sorensen warnt vor einer Vernebelung der historischen Wahrheit über Kennedys Wesen und Wirken durch den «Mythos», der seinem

¹ Schlesinger gehörte im Gegensatz zu Sorensen nicht zu den *engsten* Beratern des Präsidenten: Bei der Kuba-Krise von 1962 war Sorensen Mitglied des «Exekutivkomitees» (des Sicherheitsrates) und hatte eine Stimme bei den schicksalsschweren Beratungen, Schlesinger aber nicht; er wurde von der wirklichen Lage erst *nach* Kennedys Entscheidung (der Blockadetaktik) durch Botschafter Adlai Stevenson unterrichtet.